

Würselener Initiative für den Frieden

www.friedensinitiative-wuerselen.de

c/o Dr. Ansgar Klein, Rosengarten 11, Würselen

Tel.: 02405 72112

Mail: friedensinitiative.wuerselen@gmx.de

Pressemitteilung

Weltmacht Europa - auf dem Weg in weltweite Kriege?

Zu diesem Thema hatten der ‚Aachener Friedenspreis‘ und die ‚Würselener Initiative für den Frieden‘ geladen. Im "Aachen Fenster", das bis auf den letzten Platz gefüllt war, konnte Karl-Heinz Otten, der Vorsitzende des ‚Aachener Friedenspreises‘ ein hoch interessiertes Auditorium begrüßen. Der Untertitel der Veranstaltung: „Ist Krieg als Mittel zur Durchsetzung ökonomischer und strategischer Interessen wieder salonfähig?“ hatte durch die jüngsten Äußerungen des Bundespräsidenten auf seinem Rückflug von Afghanistan brisante Aktualität erhalten. Hatte doch Horst Köhler u.a. unverblümt gesagt: „Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren ...“. Dass diese Äußerung kein präsidentialer Ausrutscher war, sondern den erschreckenden Zustand bundesdeutscher und EU-weiter militaristischer Politik realistisch wiedergibt, machten die beiden Referenten des Abends Claudia Haydt von der Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tübingen) und Ulli Sander, Sprecher des VVN/BdA aus Dortmund unmissverständlich klar. Ulli Sander stellte die innere Militarisierung in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. „Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit sind für die Bekämpfung von - neuerdings sogenannten - ‚Großschadensereignissen‘, wozu auch Demonstrationen und Streiks zählen können, zivile Strukturen durch militärische, d.h. Bundeswehrstrukturen ersetzt worden.“ so Sander. „In jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt gibt es ‚Verbindungskommandos‘ von je 12 Bundeswehrreservisten, die im Einsatzfall nicht den zivilen Kräften gegenüber, z.B. dem Landrat, weisungsgebunden sind, sondern nur der Bundeswehr gegenüber. Und die Zahl der im Einsatzfall zur Verfügung stehenden Reservisten ist durch ein Bundesgesetz, das am 17.2. 2005 gegen Mitternacht im Bundestag ohne Aussprache beschlossen wurde, durch das Heraufsetzen des Höchstalters für den Einsatz von Reservisten auf 60 Jahre drastisch erhöht worden.“

Dass auch die Außenpolitik Deutschlands und der EU spätestens seit dem Inkrafttreten des Lissabonvertrages am 1.12. 2009 stark militaristisch geprägt ist, machte Claudia Haydt in ihrem eindringlichen Vortrag deutlich. „Die schon 2004 auf EU-Ebene eingeführte Rüstungsagentur kann jetzt die Mitgliedstaaten zu verstärkten Rüstungsanstrengungen verpflichten und das in einer Zeit, da in allen öffentlichen Haushalten das Geld für das Nötigste fehlt und die Bevölkerung – laut Umfrage – die Haupteinsparmöglichkeiten bei den Rüstungsausgaben sieht. Eine weitere Behörde, die den nationalen Regierungen und Parlamenten in Sicherheits-, d.h. insbesondere in Militäreinsatzfragen Kompetenzen entzieht, ist das im Aufbau begriffene ‚Außenministerium‘ der EU, das eine Mammutbehörde mit ca. 8000 Stellen werden soll.“ Haydt rief dazu auf, die Bestimmungen unseres Grundgesetzes zu verteidigen, die Militäreinsatz nur mit Parlamentsbeschluss und nur zur direkten Landesverteidigung erlauben.

In der anschließenden regen Diskussionsrunde, die vom Sprecher der ‚Würselener Initiative für den Frieden‘, Dr. Ansgar Klein, geleitet wurde, kam u.a. die Problematik der Werbung der Bundeswehr an den Schulen und in den Arbeitsagenturen zur Sprache. Klein mahnte zum Abschluss, das Thema ‚Militarisierung‘ stärker in die öffentliche Diskussion zu tragen.

